Ausgabe für Groß-Berlin

10 Pfennig

Deutsche Allgemeine Zeitung

Berlin, 28. Januar 1926
Donnerstag Morgen

Chefredakteur Dr Fritz Klein. Schriftleitung und Verlag Berlin SW. 48, Wilhelmstrasse 30—32. Fernsprecher: Amt Hasenheide 3570—3599. Postscheck Berlin Nr 107 941. Die „DAZ" erscheint Sonntags und Montags einmal, sonst zweimal täglich. Monatlicher Bezugspreis 4,35 R M. in Berlin durch Boten.

Mit den Beilagen:
Welt und Werk * Kraft und Stoff
Wirtschaft und Recht
Weltverkehr * DAZ im Bilde.

Bank-Conto: Darmstädter und Nationalbank Depositenkasse Berlin SW. 68, Friedrichstrasse 46. Bei unverschuldeter Nichtbelieferung besteht kein Anspruch auf Vergütung. Anzeigenpreis 0,45 R.-M. je 33 mm breite Millimeter-Zeile. :—: :—: Bedarfsanzeigen nach besonderem Tarif. :—: :—:

65. Jahrgang
28. 1. m Nr. 45 10 Pfennig

Vertrauensvotum gefordert.

Dr. Luther will klare Stellungnahme.

Wird die Aktenmappe des Kanzlers, wenn er heute zur Entscheidungsschlacht im Reichstag erscheint, das Auflösungsdekret enthalten?

Schlagartig hat sich die gesamte Situation verändert. Die bisher im Vordergrund stehenden Aussichten einer ausweichenden Lösung sind ausgeschaltet worden, die Möglichkeit einer gewaltsamen Entscheidung liegt plötzlich in Greifweite: Klares Vertrauensvotum hat Dr. Luther verlangt. Seitdem knistert es im Wallot-Bau . . .

Es gab eine dramatische Szene, als gestern in der fünften Nachmittagsstunde der Kanzler von seinem Sitz aufschoß und der Opposition, die soeben ihre Sprüchlein beendet hatte, den Fehdehandschuh hinwarf. Das war die erbitterte Antwort eines Mannes, der seinen Weg geradeaus zu gehen entschlossen ist, auf die Versuche derjenigen, ihn zu sich herüberzuziehen, ohne doch ihren Beistand anzubieten. Aus welchen Motiven diese Antwort entsprang, ob diese Rede (wie die Opposition behauptet) Schwanengesang oder (wie andere behaupten) Prolog zu Kampf und Neuwahlen war, bleibe dahingestellt. Wahrscheinlich war es nur dieser eine Wille: — Klarheit!

Im Anschluß an die von Herrn Fehrenbach verlesene Erklärung der Mittelparteien, die zwar das Versprechen der Unterstützung, aber auch nicht gerade den Ton der Begeisterung enthielt, hatten sowohl Graf Westarp für die Deutschnationalen wie Müller-Franken für die Sozialdemokraten mit oppositionellem Akzent die Frage gestellt: Quo vadis, — mit rechts oder mit links, — vorsichtig um den Völkerbund herum oder jubilierend in ihn hinein? Und hinzugefügt: Andernfalls . . .

Dr. Luther antwortete — es hieße lügen, wenn man behaupten wollte, er hätte im Säuselton gesprochen —, sein Weg führe durch die Mitte, die praktische Handhabung der Außenpolitik sei Regierungssache, und man solle, statt über das Gesicht der Regierung zu nörgeln, ihr lieber die Möglichkeit zu praktischer Arbeit geben. „Irgendwie muß Deutschland schließlich regiert werden!" Und als Trumpf auf das Ganze: Die Forderung nach klarem Vertrauensvotum. Bei solchen Anlässen wird auch der sonst vorsichtig Wägende impulsiv; es klatschte nach verschiedenen Seiten, vielleicht zuweilen in solcher Wirkung ungewollt. Sogar die nüchterne Sprache belebt sich: „nicht auf der Hintertreppe abgelehnter Mißtrauensvoten" will die Regierung in dieser Zeit ihre Arbeit übernehmen. Sie wählt den Herrschaftsaufgang.

Die rein rhetorische Wirkung dieses temperamentvollen Auftretens war stark. In die Stickluft des Parlaments platzen solche ungeschminkten Worte wie befreiende Sauerstoffbomben.

Die politischen Auswirkungen werden sich erst heute zeigen. Das Schicksal des von den Mittelparteien gestellten Vertrauensvotums hängt ab von der Haltung der Wirtschaftlichen Vereinigung und der Sozialdemokraten. Klar ist die negative Einstellung der Völkischen und Komunisten, klar ist auch, daß die Deutschnationalen geschlossen gegen die Regierung stimmen wollen; selbst die agrarischen Mitglieder fahren nicht zum Landbundtag nach Kassel, sondern bleiben in Berlin.

Die Wirtschaftliche Vereinigung hat ihre Entscheidung von dem Verlangen abhängig gemacht, den Entwurf des Preisabbaugesetzes fallen zu lassen. Hierüber finden noch Verhandlungen statt. Die Fraktion tritt heute mittag 1 Uhr zusammen. Es wird sich dann klären, ob — falls eine Einigung mit Dr. Luther zustandekommt — auch die der Fraktion angehörenden 6 Bayerischen Bauernbündler und 4 Deutsch-Hannoveraner oder nur die 11 Wirtschaftsparteiler mit Nein stimmen werden. Geben die 10 anderen Ja-Karten ab, so ist das Verhältnis von Koalition : Opposition wie 181 : 181 (!), enthalten sie sich der Stimme, wie 181 : 171.

Nicht in Rechnung gestellt sind hier die Sozialdemokraten. Sie hielten gestern abend eine Fraktionssitzung ab, vertagten aber die Entscheidung ebenfalls auf heute vormittag — vielleicht aus ähnlichen Gründen wie die Wirtschaftliche Vereinigung. Obwohl Graf Westarp wie immer zurückhaltend und konziliant gesprochen hatte, klang aus der rhetorisch gröberen Rede Müllers gestern nachmittag ein verhaltenes Werben, und tiefgeheim sollen Annäherungsversuche bei mittelparteilichen Verhandlungsführern unternommen worden sein. . . .

Wir glauben nicht, daß Dr. Luther sein neutrales Kabinett der Mitte gebildet hat, um es nachträglich zu einer verkappten großen Koalition, zur Geschäftsstelle für prompte Besorgung sozialdemokratischer Aufträge zu machen. Sein Ruf nach klarer Front war ohne Offerte gemeint. Die Sozialdemokratie wird — wozu die Rechte offensichtlich bereit ist — alle Konsequenzen eines Nein auf sich nehmen oder den Mut zum Umfall finden müssen.

Entschließt sich die sozialdemokratische Fraktion zur Stimmenthaltung, so tritt das obige Stärkeverhältnis wieder in Kraft. Dann entscheidet — nicht zum erstenmal — die Migräne des Herrn X., der persönliche Eifer des Herrn Y., die Kindstaufe des Herrn Z. über die Geschicke eines Kabinetts, das dieser Parlamentarismus unter doch wahrlich hinreichend grimmigen Leibschmerzen das Licht der Welt hat erblicken lassen. Sollte aber unter dem Eindruck eines Korbes aus der Wilhelmstraße die Volksentscheids-Psychose plötzlich so rapide anschwellen, daß 131 geschwungene Nein-Zettel Rache schwören, so ist das parlamentarische Geschick des zweiten Kabinetts Luther auch ohne die Wirtschaftliche Vereinigung erfüllt.

Darüber zu orakeln, was dann kommen konnte, ist es jetzt noch zu früh. Der Abend will abgewartet werden. H. W.

Eigener Nachrichtendienst und „London Times News Service"

Nach der Rede des Grafen Westarp, die wir mit dem gesamten Sitzungsbericht des Reichstages im Beiblatt veröffentlichen, griff der Reichskanzler in die Debatte ein.

Reichskanzler Dr. Luther:

Es ist ausgesprochen worden, daß eine ganze Reihe von Fragen in der gestern vorgelegten Regierungserklärung nicht im einzelnen beantwortet sind. Das trifft ja unzweifelhaft zu, es ergibt sich aber aus der Lage, in der sich die Regierung der Mitte befindet. Wenn eine Mehrheit in der Regierung sich zusammengeschlossen hätte, dann hätte man wohl vorher eine ganze Reihe von Einzelfragen durcherörtern und in prägnanterer Form darlegen können. So wie der Tatbestand ist, handelt es sich um eine ganz andere Frage, nämlich einfach um die politische Frage, ob der Reichstag bereit ist, dieser Regierung, wie sie jetzt entstanden ist, die Möglichkeit zu praktischer Arbeit zu geben.

Die Regierung hat sich zusammengefunden, nachdem und weil Bildungen von Mehrheitsregierungen nicht möglich gewesen sind. Irgendwie muß Deutschland schließlich regiert werden. (Große Heiterkeit.)

Es ist leicht, darüber zu lachen, aber hier gilt es nicht, den Humor parteipolitischer Auseinandersetzungen walten zu lassen. Den Männern, die jetzt an die Regierung gerufen worden sind, ist es gar nicht um Humor, um kleine Witze zu tun, sie haben es mit einer Lage unseres Vaterlandes zu tun, für die einfach der äußerste Ernst eingesetzt werden muß. Mit einzelnen Worten wird man ganz bestimmt der Lage, wie sie entstanden ist, nicht Herr, sondern man wird ihrer überhaupt nur Herr werden, wenn man mit Erfolg an die praktische Arbeit herangeht.

Nun ist gesagt worden, es sei keine Regierung der Mitte. Ich frage Sie, wie soll denn eine Regierung der Mitte aussehen, wenn es nicht eine solche ist, die die Parteien der Mitte umfaßt? Es ist weiter gesagt worden, es sei keine neutrale Regierung. Ja, wie soll denn eine neutrale Regierung aussehen, **wenn es nicht diejenige ist, zu der sich die Parteien der Mitte zusammengefunden haben? Es ist ausgesprochen worden, es sei zu viel mit den Parteien verhandelt worden. Ja, auf welchen Grundlagen sollte denn eigentlich gebaut werden?** Es ist hin und hergegangen in den Erörterungen. Es ist auf der einen Seite mit der Deutschnationalen Partei in Verbindung getreten worden, auf der anderen Seite mit den Sozialdemokraten. Wir wissen, daß eine Mehrheit dieses Hauses sich in den großen außenpolitischen Fragen ohne die Deutschnationale Volkspartei zusammengefunden hat. Wie soll nun eine einheitliche Regierung geführt werden? **Wenn mir andererseits der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei zuruft, ich müßte mich endlich entscheiden und klar Stellung nehmen,** ja, warum hat denn die Sozialdemokratische Partei sich nicht entschieden, in die Regierung hineinzugehen? (Sehr wahr! bei den Parteien der Mitte.) Wenn das der Fall gewesen wäre, würden wir jetzt hier vor einer wirklichen Mehrheitsregierung stehen und könnten auf einer ganz anderen Grundlage arbeiten. Nachdem diese beiden Voraussetzungen rechts und links nicht gehalten sind, sollte man eigentlich im ganzen deutschen Volke den Parteien der Mitte dankbar sein, daß sie sich in Notgemeinschaft zusammengeschlossen haben, um die Regierung zu tragen.

Wir haben gestern das Bild erlebt, daß bei der Abstimmung über eine an sich taktische Angelegenheit, die gewiß nicht von entscheidender Bedeutung ist, sich sofort die ganze Opposition oder sagen wir, weil ich in keiner Weise wünsche, mich festzunageln, alle unsere Taktik-Gegner sich zusammengefunden haben. Das war bis zu einem gewissen Grade lehrreich. Ich habe mit aller Deutlichkeit ausgesprochen: Hier steht eine Minderheitsregierung. Ich weiß so gut, wie Sie alle, daß man damit, mit einer Minderheit als solcher, nicht regieren kann, sondern immer eine Mehrheit braucht.

Aber gerade in dieser schweren Zeit ist es unmöglich, daß die Regierung etwa ihre Arbeit übernimmt auf der Hintertreppe abgelehnter Mißtrauensvoten. Auf dieser Grundlage können und wollen wir nicht arbeiten. (Beifall b. d. Parteien d. Mitte.) Ich bin einig darin mit sämtlichen Kabinettskollegen, daß wir auf eine positive Vertrauenskundgebung nicht verzichten können. (Beifall b. d. Parteien d. Mitte.) Wir wollen keine Regierung sein, die geduldet ist, sondern die vom Reichstag getragen wird. Allein auf dieser Grundlage werden wir die Arbeit übernehmen und durchführen. (Lebh. Beifall b. d. Parteien der Mitte.)

Wie richtig der Standpunkt der Regierung ist, Einzelheiten der Außenpolitik in die heutige Erörterung nicht einzubeziehen, ist durch die bisherigen Verhandlungen klar geworden. Ich halte es bei diesem Zustand für ganz unmöglich, Stellung zu nehmen zu dem, was Graf Westarp als Ergebnis seines Zettelkastens in die Debatte geworfen hat.

Die Entscheidung über den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund ist grundsätzlich in diesem Hause gefallen. Wir können nicht darauf verzichten, eine klare einheitliche Linie unseres Handelns durchzuführen, um unser Volk in der Welt wieder zur Geltung zu bringen. Der Satz meiner Novembererklärung, daß dies die Richtlinie unseres Handelns ist, ist für mich einfach selbstverständlich. Ich habe den Wunsch, Deutschlands Stimme auch im Völkerbund wieder zur Geltung zu bringen. Es handelt sich nur darum: können wir unsere berechtigten Belange besser zur Geltung bringen draußen oder drinnen? (Zurufe rechts: Draußen!) Ich antworte: Drinnen!

Ob ich das immer so gewollt habe? Bevor ich einen Vertrag abschließe, versuche ich selbstverständlich, bis zur äußersten Grenze des nach Lage der Verhältnisse Möglichen meine Interessen wahrzunehmen. Nachdem ich aber einen Vertrag abgeschlossen habe, stehe ich zu diesem Vertrage unter der Voraussetzung, daß auch die andern dazu stehen. Sie selbst, Herr Graf Westarp, haben vorhin gesagt, die Einladung zur Abrüstungskonferenz anzunehmen, hielten Sie für richtig. Das ist ganz mein Grundsatz. Wenn es sich darum handelt, die wichtigsten Fragen des Vaterlandes zu verhandeln, dann bin ich dabei. Wir werden solche Männer hinschicken, die unsere Interessen vertreten werden. Entschließen wir uns, im Rahmen des Völkerbundes mit den Mitteln des Völkerbundes zu arbeiten, dann müssen wir auch Leute dort hinschicken, die das eine große Ziel, die Erholung und Kräftigung unseres Vaterlandes, betreiben. Ueber die schwebenden Verhandlungen irgendwelche Auskunft an dieser Stelle zu geben, muß ich ablehnen. (Lärm rechts.) Sie müssen mir und dem Außenminister hierfür schon die Verantwortung überlassen. (Erneute Unruhe rechts.) Man kann die Sache organisatorisch doch nur so anpacken, daß man Angelegenheiten, die mitten im Fluß sind, in der Hand der Verhandelnden läßt. Die Regierung kann sich nicht hinstellen und über jede außenpolitische Frage, die ihr vorgelegt wird, Auskunft geben.

Irgendein sachlicher Einwand gegen meine Ausführungen wird nicht erhoben. Durch den Zuruf: Das ist sehr billig! kann ich mich in meiner Grundanschauung nicht erschüttern lassen. Den gegen den Ministerpräsidenten eines anderen Landes hier gefallenen Ausdruck muß ich zurückweisen.

Zur Innenpolitik sind mir auch eine ganze Reihe Einzelfragen vorgelegt worden. In unserer harten wirtschaftlichen Notlage sind wir doch immer darauf angewiesen, das Mögliche mit dem Erwünschten gegeneinander abzuwägen. Wir dürfen nicht auf der einen Seite die Grundlagen unserer Wirtschaft vernichten und auf der anderen Seite nicht der Notlage der verzweifelten Menschen nicht gedenken, die jetzt draußen nicht mehr wissen, wie sie ihre Familien ernähren sollen. Wir werden im Schoße der Regierung und bei der Einzelberatung des Etats alle Fragen sorgfältig untersuchen, ich bin aber nicht in der Lage, heute eine Erklärung darüber abzugeben. Wir wollen nicht eine Aenderung des Wahlrechts, sondern eine Aenderung der Wahlgesetzgebung. Wir wollen versuchen, einen Weg zu finden, durch den das Verhältnis zwischen dem deutschen Wähler und seinem Vertreter im Reichstag, überhaupt in den Parlamenten, wieder unmittelbarer gestaltet wird (Sehr gut! b. d. Reg.-Part.) **Ich bin persönlich der Ueberzeugung, daß gerade in der Demokratie der große erzieherische, kulturtragende Gedanke der ist, daß der einzelne Wähler durch die Vermittlung des Gewählten ein persönliches Vertrauensverhältnis zu der Leitung der Dinge gewinnt. Die jetzige Uebung hat sich nicht bewährt,** weil sie an die Stelle des gewählten einzelnen Menschen die Liste, die Partei, gesetzt hat. (Sehr richtig!) Unser Ziel wird es sein, den einzelnen Wähler wieder unmittelbar eine Persönlichkeit wählen zu lassen.

Die Regierung und die Männer, die sich zum Eintritt in sie bereiterklärt haben, glauben ihre Arbeit aber nicht übernehmen zu können, wenn ihnen nicht ein positives Vertrauensvotum gegeben wird. (Lebh. Beifall i. d. Mitte.)

*

Das von den Regierungsparteien eingebrachte Vertrauensvotum hat folgenden Wortlaut:

„Die Reichsregierung besitzt das Vertrauen des Reichstags."

Französisches Urteil.

a. **Paris**, 27. 1. (Eigenbericht.)

Das erste Auftreten des Kabinetts Luther hat in der französischen Oeffentlichkeit einen wenig glücklichen Eindruck gemacht. Daß die Haltung des Kabinetts

gegenüber den auswärtigen Fragen

in der Pariser Presse stark kritisiert wird, versteht sich angesichts der wieder eingetetenen Spannung von selbst und dürfte nicht viel besagen; wichtiger aber ist, daß die Autorität der neuen Regierung und ihrer führenden Persönlichkeiten in der Beurteilung des Auslandes nicht sehr groß erscheint. Die Regierungserklärung wird übereinstimmend als vollkommen inhaltlos bezeichnet, und die Meinung eines Blattes, daß der Kanzler nicht wie ein Chef einer Regierung, sondern wie ein Parlamentskandidat gesprochen habe, der seinen Wählern ein glückliches Zeitalter verspricht, gibt den hier herrschenden Eindruck wieder. Der „Temps" glaubt sogar bezweifeln zu müssen, daß sich das Kabinett lange genug halten werde, um den Beitritt Deutschlands zum Völkerbund durchzuführen.

Nach Ansicht dieses Blattes hat die Bildung des zweiten Kabinetts Luther die innerpolitische Lage Deutschlands in keiner Weise geklärt. Eine versteckte Feindschaft auf der Rechten, ein verstocktes Mißtrauen auf der Linken gegenüber den Männern, die es auf sich genommen haben, Deutschland auf dem Wege von Locarno zu führen, — das sei das Ergebnis der achtwöchigen Krise.

An sich könnten derartige Urteile des Auslandes natürlich ziemlich gleichgültig sein, wenn es nicht angesichts der

schwebenden internationalen Fragen

gerade in diesem Augenblick überaus wünschenswerte wäre, daß das Reich nach außen hin durch eine gefestigte Regierung vertreten würde, deren Autorität nicht bestritten werden kann.

In bezug auf den auswärtigen Teil der Regierungserklärung wird auf französischer Seite vor allem die Berechtigung der Interpretation bestritten, die Dr. Luther dem Ausdruck „normale Stärke" der Besatzungstruppen gab. Es wird betont, daß das, was unter den Verhältnissen von 1914 normal war, nicht auch in der heutigen Lage als normal betrachtet werden müsse; als normale Stärke der Besatzungstruppen könne vielmehr nur diejenige Truppenzahl bezeichnet werden, die unter Berücksichtigung des mildernden Einflusses der Locarnopolitik (!) noch notwendig erscheine, um eine unbedingte Garantie für die Durchführung der Versailler Bestimmungen zu bilden.

Wenn der „Temps", der sich, wie mehrfach berichtet wurde, in der letzten Zeit wieder an die Spitze der

deutschfeindlichen Propaganda

gestellt hat, derartige Anschauungen vertritt, so ist das nicht weiter erstaunlich; bemerkenswerter ist jedoch schon, daß ein so weit links stehendes Blatt wie das „Oeuvre" sich in dem gleichen Sinne äußert, indem es die französische Politik in die Formel zusammenfaßt: „Locarno beseitigt nicht Versailles!"

Chamberlains Ankunft in Paris.

Das Programm der Ministerbesprechungen.

a. **Paris**, 27. 1. (Eigenbericht.)

Chamberlain ist heute nachmittag in Paris angekommen und von Briand persönlich auf dem Bahnhof empfangen worden. Die beiden Minister, deren Begrüßung sehr herzlich gewesen sein soll, vereinbarten für morgen vormittag 10 Uhr eine Zusammenkunft. Das Programm der Besprechung hat sich noch etwas erweitert und wird nun folgende Gegenstände umfassen:

Gegenwärtiger Stand der deutschen Entwaffnung unter Berücksichtigung des letzten Berichts der Kontrollkommission;

Effektivbestände der Besatzungstruppen;

Eintritt Deutschlands in den Völkerbund und

Mögliche Verschiebung des Zusammentritts der vorbereitenden Kommission für die Entwaffnungskonferenz.

Von französischer Seite wird heute abend eine sehr bemerkenswerte Darstellung verbreitet, die offenbar aus offiziöser Quelle stammt und die abermals den Versuch macht, den unmöglichen Standpunkt zu vertreten, daß Deutschland in den Völkerbund aufgenommen werden soll, ohne daß damit jedoch eine Anerkennung für die Erfüllung seiner Entwaffnungsverpflichtungen verbunden sein werde.

„Zunächst ist es augenscheinlich, daß niemand daran denkt, feststellen zu wollen, daß Deutschland zur Stunde seine Entwaffnungsverpflichtungen erfüllt habe; andererseits ist es keine Frage, daß Deutschland in den Bund aufgenommen werden kann, bevor es seine Entwaffnung vollkommen durchgeführt hat. Der Beitritt des Reiches könnte also nicht zur Folge haben, daß damit die Erfüllung seiner militärischen Verpflichtungen anerkannt wird." Nachdem dann zur Begründung dieses Standpunktes eine gewaltsame Auslegung des Artikel 1 des Völkerbundpaktes untersucht wird, wird weiter betont, daß

die Kontrollkommission

ihre Tätigkeit erst dann einstellen werde, wenn der militärische Status des Reichs mit den Bestimmungen des Friedensvertrages vollkommen übereinstimme. Uebrigens gäbe es für diese Auffassung Präzedenzfälle: Oesterreich, Bulgarien und Ungarn wurden in den Völkerbund aufgenommen, ohne daß die Militärkontrolle dieser drei Länder eingestellt wurde.

Die praktische Tragweite dieser erstaunlichen Darstellung läßt sich vorläufig noch nicht genau erkennen, aber sie muß jedenfalls die Befürchtung verstärken, daß das ganze Werk von Locarno auf einer überaus unsicheren Grundlage errichtet worden ist.

Im übrigen aber sieht man in unterrichteten Pariser Kreisen dieser Zusammenkunft

ohne jede Besorgnis

entgegen und glaubt der erprobten Freundschaft des englischen Außenministers vollkommen sicher zu sein. In der Tat wird, wenn unsere Informationen richtig sind, die deutsche Auffassung über die Normalstärke der Besatzungstruppen, d. h. ihre Zurückführung auf die deutsche Garnisonstärke der Vorkriegszeit, auch von der Londoner Regierung abgelehnt. Der englische Standpunkt soll nicht ganz so weit gehen wie der französische, aber da die Pariser Forderungen in dieser Voraussicht vorsorglich überspannt worden sind, dürfte das Ergebnis der Zusammenkunft durchaus den französischen Wünschen entsprechen: Man wird einige kleine Zugeständnisse machen, die sachlich nicht ins Gewicht fallen und deren Durchführung überdies — wie üblich — von der weiteren Gestaltung der Dinge abhängig gemacht werden wird. Bei den diplomatischen Verhandlungen der letzten Woche soll sich die Berliner Regierung mit besonderem Nachdruck auf die schwierigen innerpolitischen Verhältnisse berufen haben.

(Siehe auch Seite 2.)

Auch Sir Eric Drummond fährt nach Paris.

d. **Basel**, 27. 1. (Eigenbericht.)

Der Generalsekretär des Völkerbundes, Sir Eric Drummond, ist auf dem Wege nach Paris, um mit Chamberlain und Briand über die Abhaltung oder Verschiebung der vorbereitenden Abrüstungskonferenz zu beraten. Die

schweizerisch-russischen Differenzen

dürften wohl kaum als Vorwand für eine Verschiebung dienen können, denn, wie bereits heute abend ein offizielles Kommuniqué aus Bern bestätigt, ist die Schweiz zu einem weitgehenden Entgegenkommen gegenüber Rußland bereit, so daß dem Erscheinen Rußlands an der Konferenz keine Hindernisse mehr im Wege stehen.

Die Schweizer Regierung will im Gegensatz zur öffentlichen Meinung der Tochter Worowskis, wie verlangt, eine finanzielle Unterstützung gewähren, die selbstverständlich keinerlei Anerkennung für eine Verantwortung an dem Attentat in sich schließt. In der Frage der Entschuldigung des Bundesrats wird er sein sofort nach der Ermordung Worowskis veröffentlichtes Kommuniqué wiederholen. Wenn Rußland nun noch den Boykott aufhebt, dann ist die

de facto-Anerkennung vollzogen.

Die Verhandlungen werden über den französischen Botschafter in Bern mit Herrn Rakowsky geführt.

Fortsetzung der Finanzdebatte.

a. **Paris**, 27. 1. (Eigenbericht.)

Die Kammer setzte ihre Beratungen über die Finanzfragen fort. Der Sozialistisch-Radikale Doumesnil führte seine gestrigen Ausführungen weiter und verteidigte das Kommissionsprojekt gegenüber dem Regierungsentwurf. Nachdem noch ein Mitglied der Rechtsopposition gesprochen hatte, wurden die Verhandlungen auf morgen vertagt.

Das Urteil im Okkultistenprozeß.

In dem Berufungsprozeß Rudloff-Moll vor der 6. Strafkammer des Landgerichts II, Berlin, wurde die Berufung des Klägers auf seine Kosten verworfen. Das Urteil erster Instanz, das auf Freisprechung lautete, bleibt bestehen.

(S. auch 3. Seite.)

Französische Demarche in Budapest.

Frankreichs Delegierte nehmen an den Verhören teil.

kbg. **Wien**, 27. 1. (Eigenbericht.)

Aus der kritischen Lage, die für die ungarische Regierung entstanden ist durch das Verlangen der Pariser Regierung, französische Polizisten zu den Verhören mit den Frankenfälschern zuzulassen, ist ein Ausweg gefunden worden: Mittags erschien der französische Gesandte Cliuchant beim Ministerpräsidenten Bethlen, überreichte keine schriftliche Note, sondern ersuchte mündlich um Aufklärungen über die Möglichkeit der

Zusammenarbeit zwischen den französischen und ungarischen Polizeibeamten

zur weiteren Aufdeckung einzelner noch im Dunkeln befindlicher Einzelheiten. Der Gesandte wies dabei ausdrücklich darauf hin, daß bisher die ungarische Regierung das Ersuchen des Vertreters der Bank von Frankreich, ihn an den staatsanwaltschaftlichen Verhören teilnehmen zu lassen, als den ungarischen Gesetzen widersprechend angesehen habe. In der dieser diplomatischen Mitteilung folgenden halbstündigen Aussprache zwischen dem französischen Gesandten und dem Ministerpräsidenten Bethlen hat dieser Vorschläge für die erwünschte Zusammenarbeit gemacht, die nicht mit den ungarischen Gesetzen in Widerspruch stehen. Der Gesandte hat die Antwort zur Weiterleitung an seine Regierung zur Kenntnis genommen.

Es ist geplant, zur Feststellung von Einzelheiten die Untersuchung an die Polizei zurückzuleiten, besonders in jenen Fragen, die den Franzosen wichtig erscheinen. Die ungarische Strafprozeßordnung gestattet nämlich das Beisein von Vertretern ausländischer Staaten bei Erhebungen der Polizei. Zu diesem modus vivendi hat man sich anscheinend unter dem Druck der sehr geschickten

französischen Drohung

entschieden. Es hieß, daß die französische Regierung nach Ablehnung ihrer Forderung beantragen würde, die Untersuchung der Fälscherangelegenheit durch den Völkerbund vornehmen zu lassen und die Kontrollkommissionen mit verstärktem Personal und vergrößerten Vollmachten, angeblich im Einverständnis mit England und Italien, in Ungarn zu belassen. Mit anderen Worten, Ungarn würde die völlige Gefährdung seiner zweijährigen unter schwersten Opfern erreichten Sanierungsarbeit angedroht worden sein. Der parlamentarische Untersuchungsausschuß hat heute den Innenminister Rakowski vernommen. Ein ungarischer richterlicher Beamter, Dr. Pauly, ist nach dem Haag entsandt worden zum Vergleich der Protokolle über die Vernehmung Jancowicz'.

Ende der „Meraner Zeitung".

kbg. **Wien**, 27. 1. (Eigenbericht.)

Am 15. Februar wird die seit 58 Jahren bestehende deutsche „Meraner Zeitung" eingestellt und durch ein deutschgeschriebenes, von der italienischen Regierung unterstütztes Blatt ersetzt werden. Leitender Direktor wird der Fascist Neri-Leonardi; sein Chefredakteur ist der Deutsche Dr. Wiesler, bisher Sekretär der Meraner Handelskammer. Ferner sind drei reichsdeutsche Redakteure in den Dienst des Blattes eingetreten. Das Alpenländische Syndikat der Berichterstatter der In- und Auslandspresse ersucht alle Zeitungskorrespondenten, die Berichterstattung an die Alpenzeitung zu unterlassen.

Ein neues Dekret der italienischen Regierung verfügt, daß im Bereiche eines 30 Kilometer breiten Streifens längs der Grenze Ausländer keinen Handel und kein Gewerbe betreiben dürfen. Solche Ausländer, die diese Erlaubnis bisher hatten, verlieren sie innerhalb von drei Monaten. Von diesem Dekret werden etwa 1500 Handel- und Gewerbetreibende, sowohl Reichsdeutsche als auch Oesterreicher, betroffen.

sx. **London**, 27. 1. (Eigenbericht.)

Das italienisch-englische Schuldenabkommen ist heute mittag im Schatzamt vom Grafen Volpi und Churchill unterzeichnet worden.

Amerikanischer Funkdienst.

New York, Devisen- u. Geldmarkt.

Devisenkurse von 3 Uhr nachmittags.

	27. 1.	26. 1.		27. 1.	26. 1.
Tägl. Geld	4 %	4 %	Amsterd.	40.15	40,12
Berlin	23,80-23,82	23,80-23,8.	Zürich	19,29	19,29
" bez.	—,—	—,—	Oslo	20,36	20,36
London			Kopenh.	24,80	24,78
Kabel Tr.	4,86,25	4,86,37	Prag	2,96	2,96
Lond. 60T.	4,81,50	4,81,25	Rom	4.03	4.03
Paris	3,72,75	3,71,00	Madrid	14 14	14,15½
Brüssel	4,54,00	4,54,00	Silber	67	67¼

New York, Produktenmarkt.

	27. 1.	26. 1.		27. 1.	26. 1.
Kaffee Santos l.	24½	24½	Weissblech	5,50	5 50
" Rio loko	19 3/16	19¼	Bessemer Stahl	36.00	36.00
" März	18,20	18,31	Schmalz West.	15,80	15,85
" Mai	18,10	18,15	Talg	10½	10½
" Juli	17,60	17,65	Bw. Saatöl loko	11,00	11,25
" Septbr.	17,25	17,30	" Jan.	11,00	11,70
" Dezbr.	17,05	17,06	Petroleum Cases	17,90	17,90
Baumwolle l.	20,90	20,80	" Tanks	7,50	7,50
" März	20,19	20,07	" Stand. wh.	14,50	14,50
" April	19,87	19,77	Pennsylv. Rohöl	3,65	3,65
" Mai	19,60	19,50	Zucker März	2,47	2,46
" Juli	18,93	18,89	" Mai	2,59	2,56
Zufuhr	21 000	40 000	" Juli	2,69	2,67
Kupfer elektr.	14	14	Kautsch. crepe	68½	68½
Zinn	61,25	61,75	" sheet	67½	67½
Blei	9,25	9,25	Terpentin	104½	104½
Zink	8,02	8,10	" Savannah	98½	98½
Eisen	21,75	21,75	Baumw. N. Orl.	20.07	20.00

	27. 1.	26. 1.		27. 1.	26. 1.
Weizen, rot.	201½	201¾	Mehl, Sp.	7,75 8,00	7,75 8,00
Hartwinter	197½	197¾	Getr.-Fr. Engl.	1/9-2/6 sh	1/9-2/6 sh
Mais	89½	90¼	Kontinent	8-11 cts	8-11 cts.

Chicago, Produktenmarkt.

	27. 1.	26. 1.		27. 1.	26. 1.
Weizen Mai	173½	173¾	Schmalz März	15,25	15,30
" Juli	150	150⅜	Rippen Januar	16,00	15,87½
Mais Mai	84¾	85¼	Speck	16,25	16,25
" Juli	87	87½	Leichte Schweine niedr.	12,00	12,00
Hafer Mai	44¼	44½	Leichte Schweine höchst.	13,25	13,40
" Juli	45½	45⅜	Schwere Schweine niedr.	11,90	11,90
Roggen Mai	107½	108¼	Schwere Schweine höchst.	12,40	12,40
" Juli	107	107½	Zufuhr Chicago	25 000	31 000
Schmalz Jan.	15,05	15,10	Zufuhr Westen	157 000	125 000

Sollen wir ins Ausland reisen?

Von **Prof. D. Cajus Fabricius.**

Der italienische Skandal in Südtirol schreit zum Himmel. Wer deutsch empfindet, ist aufs tiefste empört. Einige freche Bemerkungen in der italienischen Presse steigern die Spannung. Sehr begreiflich, daß in Deutschland der Ruf ertönt: „Hört auf, zu eurem Vergnügen nach Italien zu reisen!"

Sicherlich wird dieser Ruf im Inland wie im Ausland nicht ohne Wirkung sein. Doch muß man sich klar machen, daß mit einer solchen Parole nur kleine Politik getrieben wird. Diese kleine Politik wird bei dem Völkchen, das heute das Mutterland der Cäsaren bewohnt, ihren Erfolg gewiß nicht verfehlen. Aber wir müssen uns angewöhnen, große Politik zu treiben, überall, so auch in der Frage der Auslandsreisen. Denn Italien ist nur ein bescheidener Mitläufer großer Bundesgenossen, und die entwürdigende Behandlung, die unsere deutschen Brüder im Süden erfahren, ist nur ein paralleler Fall zu den brutalen Vergewaltigungen, unter denen das Deutschtum auch im Westen und im Osten leidet.

Und nicht nur an unseren Grenzen, nein, auf der ganzen Erde macht man immer wieder die erschreckende Entdeckung, daß der Krieg noch nicht zu Ende ist. Die feindlichen Völker arbeiten noch heute an der systematischen Vernichtung Deutschlands, ohne daß durch die „neutralen" Länder ein immer erneuter Aufschrei der Entrüstung ginge, und die haßerfüllte Hetzarbeit gegen uns und gegen unser Heer ist immer noch am Werk. Es ist erschütternd, immer wieder die Symptome dieser Arbeit zu bemerken. Ich greife ein Beispiel aus unzähligen heraus. Noch im vorigen Jahr verkaufte man auf den Straßen Londons Blättchen zum Besten der Kriegsinvaliden, darauf ein Gedicht, an dessen Anfang unser Vaterland als das „grausame Deutschland" figurierte — und das nach nominell sechs Jahren Friedensschluß.

Es ergibt sich daraus für jeden Deutschen die ernste Gewissenspflicht, nicht nur Italien gegenüber, sondern allgemein seine Erholungsreisen so einzurichten, daß vaterländische Interessen nicht gefährdet werden. Am besten erholt man sich fraglos in der reichen und tiefen Schönheit der heimatlichen Landschaft. Wer aber durchaus die deutschen Grenzen überschreiten will, der hüte sich, irgendein Land zu betreten, das eine Mitschuld an dem Unglück unseres Volkes trifft.

Aber das alles gilt natürlich nur für Erholungsreisen. Wir dürfen selbstverständlich diesen Grundsatz nicht auf alle Auslandsreisen anwenden. Es wäre das verkehrteste von der Welt, wollten wir uns nur innerhalb der Grenzen unseres Landes verkriechen, um daheim auf das Ausland zu schelten, das uns beleidigt. Vielmehr müssen gerade vom Standpunkt großer nationaler Politik gewisse Auslandsreisen nicht nur gestattet, sondern sogar gefordert werden.

Als Reisen dieser Art sind erstens Forschungsreisen zu nennen. Die Wissenschaft war von jeher die Zierde des deutschen Volkes, und sie sichert uns noch heute trotz aller politischen Mißhandlung eine führende Stellung unter den Nationen der Erde, obwohl draußen noch immer einzelne Gelehrte und wissenschaftliche Verbände sich Taktlosigkeiten erlauben, und obwohl im Innern unser höheres Bildungswesen seit etlichen Jahren allem Anschein nach im Sinken begriffen ist. Darum ist wissenschaftliche Hochkultur nationale Pflicht. Die Wissenschaft aber bedarf der Forschungsreisen. Denn wer fremde Religionen und Konfessionen, wer Sprachen und Sitten, wer Altertümer, Kunstdenkmäler, wer die Tiere, die Pflanzen, die Gesteine der Erde erkunden will, der bleibt ein Stümper, so lange er die Dinge nicht aus eigener Anschauung kennenlernt. Darum muß der Mann der Wissenschaft ins Ausland gehen. Und für das wissenschaftlichste Volk der Welt sind Forschungsreisen ins Ausland nationale Pflicht.

Noch eine zweite Art von Auslandsreisen ist nicht nur an sich, sondern auch um des Vaterlandes willen wünschenswert. Ich möchte sie die kirchlichen nennen. Es gibt kein Band, das die feindseligen Völker der Gegenwart im innersten so fest verknüpft wie die christliche Religion. Und es bahnt sich gerade jetzt eine große internationale Gemeinschaft an, welche die evangelischen Kirchen unter sich und mit den Kirchen des Ostens verbindet. Das ist der heilige Boden, auf dem vielleicht allmählich eine innerliche Verständigung der Völker und möglicherweise in ferner Zukunft eine Einstellung der Feindseligkeiten gegen Deutschland erreicht werden kann. Man darf freilich den Einfluß der Kirchen auf die Regierungen und namentlich auf die herrschenden Geldmächte des Auslandes in dieser Richtung nicht überschätzen. Aber doch scheint hier ein Weg zum wirklichen Frieden gefunden. Diese christlichen Beziehungen können nun aber nicht nur schriftlich, sondern sie müssen mündlich, persönlich, Auge in Auge gepflegt werden. Und das kann wieder nur durch Reisen geschehen. So sind denn auch kirchliche Auslandsreisen nationale Pflicht.

Endlich drittens sind politische Fahrten ins Ausland not. Gerade die nationalen Politiker müssen in dieser Hinsicht so international wie möglich sein. Den Politikern der Parlamente, der Presse, der vaterländischen Organisationen fehlt ein wesentliches Stück politischer Bildung, wenn sie nicht gründlich das Ausland kennen und ihre Kenntnisse immer aufs neue aus eigener Anschauung bereichern. Nur wer mit wachem Auge an Ort und Stelle das politische Leben der fremden Völker beobachtet, bekommt den richtigen Blick für die Schmach unserer Lage und für die elementarsten Notwendigkeiten unseres politischen Handelns. Auch für das Auslandsdeutschtum haben solche Reisen den allergrößten Wert. Unsere schwer ringenden Brüder in der Fremde bedürfen der Stärkung durch immer erneuten Besuch aus der Heimat, und umgekehrt stärken sie selbst das nationale Bewußtsein der Heimatdeutschen durch ihr Fragen und ihr Kopfschütteln über die unglaubliche Schwäche der deutschen Politik. Aus solchen